

# Wochenblatt

für  
**Wilsdruff, Tharandt,**

**Rosfen, Siebenlehn und die Umgegenden.**

**Amtsblatt**

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

**Wierzigster Jahrgang.**

**Nr. 45.**

**Dienstag, den 1. Juni**

**1880.**

## Auction.

**Sonnabend, den 5. Juni d. Js., Nachmittags 2 Uhr**

sollen in der Wohnung des Mühlenbesizers Karl Vogt in Röhrsdorf verschiedene Wirthschaftsgegenstände gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Wilsdruff, am 27. Mai 1880.

**Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts daselbst.**

**Matthes.**

### Tagesgeschichte.

Ein Feldherr und Geladter des alten heidnischen Rom kam einmal zum Feinde und sagte: Seht diese zwei Falten meiner Toga, in der einen ist der Friede, in der andern der Krieg, wählt! — Etwas Ähnliches bedeutet die Vollmacht für theilweise Suspendirung der bekannten Raigeetze gegen Rom, welche sich Fürst Bismarck vom preuß. Landtage erbeten hat. Er will durch sie freie Hand gewinnen, um dem Papste große Zugeständnisse in der Praxis d. h. in der Handhabung der betr. Geetze zu machen, falls der Papst für die Praxis d. h. für den Verkehr zwischen Staat und Kirche ebenfalls Zugeständnisse macht. Der Zweck ist, daß beide streitende Theile friedlich neben einander leben, ohne sich etwas zu vergeben. Der religiöse und kirchliche Friede in Deutschland wäre große Opfer werth. Der Papst hat aber leider allem Anschein nach die weit entgegengestreckte Hand Bismarcks, noch ehe die betr. Vollmacht erteilt ist, zurückgewiesen und der Kampf kann leicht von neuem und heiser entbrennen. Bismarck scheint von der Ablehnung des Papstes nicht überrascht worden zu sein. Darauf deutet ein vertrauliches Schreiben hin, daß er schon am 20. April an den deutschen Botschafter in Wien, den Prinzen von Reuß, gerichtet hat. In Wien nämlich wurden die geheimen Unterhandlungen zwischen Rom und Preußen geführt, ohne vorwärts zu kommen. Dieses geschichtliche Aktenstück ist jetzt von Bismarck veröffentlicht worden und man weiß, was das bedeutet. Bismarck führt in demselben eine ruhige, aber sehr entschiedene Sprache über die zweideutige, in der Hauptsache feindliche Haltung des römischen Stuhles und seiner Trabanten, des Centrums. Er weist nach, daß es diese beiden sind, die bis jetzt jedes praktische Entgegenkommen zurückweisen, das Centrum namentlich, das sich immer auf Rom berufe, habe im Reichstage und Landtage in allen und den wichtigsten Fragen und Gesetzen gegen die Regierung gestimmt, es trage den Frieden nur auf den Lippen. Seine Priester und Zeitungsschreiber hätten mit den Sozialdemokraten um die Wette gehebt und gewählt, schlimmer treiben könnten sie es auch ferner nicht. Viele hohe und niedere Geistliche, deren Politik den Sozialisten Beistand leiste, würden von Mitgliedern des reichsten und vornehmsten Adels unterstützt und für diese Ercheinung gebe es keine andere Erklärung, „als die Einwirkung der Beichtväter auf Männer und noch mehr auf Frauen.“ Ein Wort von dem Papste oder von den Bischöfen u. wurde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit den Sozialisten ein Ende machen.“ Er werde, schließt Bismarck, nur „pari passu“ Friede machen, das heißt nur unter Zugeständnissen von beiden Theilen; dem römischen non possumus des Papstes werde er sein staatliches non possumus („wir können nicht“) entgegensetzen. Ein Abbruch der Verhandlungen mit Rom wird in Aussicht gestellt. (Man sieht aus dem Datum und dem Inhalt der Bismarck'schen Erklärung, das sie vor der angebliden, noch nicht amtlich bekannten Ablehnung des Papstes geschrieben ist.)

Der „Magdeb. Zig.“ schreibt man aus Berlin: „Wie in Kreisen, die dem Reichstanzler nahe stehen, verlautet, gedenkt derselbe außer Altona noch andere Gebietsheile, die natürlich mit Hamburg in keiner Verbindung stehen, dem Zollverbände anzuschließen. Dahin gehende Vorlagen dürften dem Bundesrath in nächster Zeit schon zugehen.“

Der Zusammentritt der Botschafterkonferenz in Berlin soll möglichst beschleunigt werden. Es heißt, man wolle die Konferenz im Monat Juni abhalten. Dies hatte auch Frankreich im Auge, als es beantragte, es sei von der technischen Kommission ganz abzusehen, und sofort die Konferenz einzuberufen. Interessant sind einige von zuverlässiger Seite stammende Aufzeichnungen über den Charakter, den die Konferenz haben wird. Die letztere, die auf Grund des Artikels vierundzwanzig des Berliner Vertrags einberufen werden soll, soll nur eine feierlichere Form der Vermittelung sein, welche sich Europa in der griechisch-türkischen Grenzfrage bekanntlich vorbehalten hat. Wenn die Konferenz die Grenzlinie vereinbart haben wird, wird diese Vereinbarung der Pforte und Griechenland vorgelegt werden mit dem Bedenken, daß Europa wünsche, die beiden Parteien mögen sich auf dieser Grundlage verständigen, oder richtiger gesagt, sie mögen das Ergebnis der europäischen Berathung annehmen. Man hofft, daß weder die Pforte noch das Athener Kabinett derselben Folge werden, diese Aufforderung der Großmächte abzulehnen. Er die Folge davon, daß die Konferenz eigentlich nur eine andere Form der europäischen Vermittelung in dem griechisch-türkischen Grenzstreite sein

wird, ist, daß weder die Türkei noch Griechenland zur Konferenz zugelassen werden. Man glaubt auch, daß sich die Botschafter um so schneller und leichter über die vorzuschlagende Grenzlinie einigen werden. Wie es heißt, werde übrigens bei dem Zusammentreten der Nachkonferenz in Aussicht genommen, daß zur Regelung der griechischen Grenze eine technische Kommission der Konferenz folge, welche auf Grund der gefassten Beschlüsse an Ort und Stelle ihre Arbeiten vornehme.

Dem ezechensfreundlichen Cabinet Taaffe in Oesterreich scheinen schwere Tage bevorzustehen. Nicht nur macht sich in österreichischen Volkskreisen die Ansicht immer mehr geltend, daß die antideutsche, klerikale Politik des Grafen Taaffe von störendem Einflusse auf das freundschaftliche Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland sein werde, sondern diese Ansicht wird auch in den Reihen der Verfassungspartei und sogar in den Kreisen laut, welche mit dem Hofe in naher Berührung stehen. Es heißt, daß die Exminister Schmerling, Hasner, Unger in der Generaldebatte des Herrenhauses über das Budget die föderalistischen Tendenzen des jetzigen Ministeriums angreifen werden, und da auch die meisten militärischen Würdenträger des Herrenhauses mit den genannten Abgeordneten übereinstimmen, so dürfte diese Opposition dem Grafen Taaffe sehr unangenehm werden.

Konstantinopel, 21. Mai. Ein „Times“-Artikel, in welchem eine entscheidende Aktion Europa's in der Türkei angekündigt wird, hat auf der Pforte begreiflicher Weise eine große Aufregung verursacht. Das betreffende Telegramm wurde von der Regierung zurückgehalten, und obwohl mehrere Personen Kenntniß von demselben hatten, begnügten sich die Journale, in mehr oder weniger verhüllter Weise darauf anzuspielen. Auf der Börse wurde dieser Artikel mit einer bemerkenswerthen Haulse in allen türkischen Werthen begrüßt. Selbst unter den Türken, die nicht der Regierung angehören, konnte man eine gewisse Befriedigung darüber wahrnehmen, daß der gegenwärtigen unerträglichen Situation ein Ende gemacht werden soll. Die erste Aufgabe der einzusetzenden internationalen Finanzkommission müßte die Herabsetzung der Civilliste des Sultans sein, die 40—50 Millionen Francs verschlingt. Man spricht bereits von einer beabsichtigten Reduktion der Civilliste auf jährlich 8½ Millionen Francs, was im Interesse der türkischen Finanzen nur zu wünschen wäre. Jedenfalls würde der Sultan dadurch genöthigt sein, unter den mehr als 8000 Personen aufzuräumen, die auf Kosten des Palais leben. — Angesichts der verschiedenen Haltung der europäischen Mächte ist man auf der Pforte auf den Plan verfallen, die vor bald 4 Jahren oktroyirte Verfassung aus den Archiven hervorzuholen und das Parlament wieder einzuberufen. Indem das Parlament in den Vordergrund gestellt und nach den Regierungsententionen dressirt werden soll, hätte die Regierung jedesmal, wo es sich um unangenehme europäische Vorschläge handelte, die Gelegenheit bei der Hand, sich hinter dem Parlament zu verschanzten.

Der Nihilisten-Prozeß in Petersburg hat mit einer Berurtheilung sämmtlicher Angeklagten, der Männer sowohl wie der Weiber geendigt. Michailow und Saburoff wurden zum Tod durch den Strang, Dr. Weimar zu 15jähriger Zwangsarbeit in den Bergwerken verurtheilt, andere zu 10—5jähriger Zwangsarbeit. Dr. Weimar, ein angesehener Arzt mit Verbindungen mit den höchsten Personen, für seine Verdienste in dem türkischen Krieg mit hohen Orden ausgezeichnet, wurde so gut wie überführt, daß er dem betr. Mörder sein Pferd geliehen und den Revolver verschafft hatte.

### Waterländisches.

Wilsdruff, 1. Juni. Gestern feierte der Bergarbeiter Christian Gottlieb Adam in Kesselsdorf mit seiner Ehehälfte Eva Rosine Adam das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Ehe dieser noch rüstigen und allgemein geachteten Leute entsprossen 12 Kinder. Die schöne Sitte der Kesselsdorfer Gemeindeglieder, bei solchen Gelegenheiten durch Veranftaltung von größeren Festlichkeiten ihre Eintracht erkennen zu geben, bekundete sich im vorliegenden Falle wieder, indem im Berthold'schen Saale von Seiten des Gemeinderaths zu Ehren des Jubelpaares eine würdige Feier veranstaltet wurde, an der sich eine große Anzahl Gemeindeglieder betheiligte. Dem Jubelpaar aber wünschen wir nachträglich, daß ihm ein heiterer und sonniger Lebensabend beschieden sein möge.

Geldsammlungen in den Schulen für irgend welchen Zweck hingen bisher vom freien Ermessen der betr. Lehrer ab. Dies ist nach neuester ministerieller Verordnung nicht mehr zulässig. Es bedürfen dergleichen Sammlungen — die überhaupt nur unter ganz